

Vorlage

der Berichterstatter

an den Haushalts- und Finanzausschuss

Landtag Nordrhein-Westfalen 13. Wahlperiode
Vorlage 13/2503
A 06 + A 08

Haushaltsgesetz 2004/2005

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 13/4500 N e u d r u c k und 13/4660

Einzelplan 03 - Innenministerium

Vorlage 13/2379

Bericht über das Ergebnis des Berichterstattergesprächs über den Einzelplan 03 gemäß 28 Abs. 1 in Verbindung mit Nr. 6 der Anlage 3 zur Geschäftsordnung des Landtags

Hauptberichterstatter	Abgeordneter	Schittges	CDU
Berichterstatter/in	Abgeordneter	Nowack	SPD
	Abgeordnete	Freimuth	F.D.P.
	Abgeordnete	Müller	Bündnis 90/Die Grünen

Das Ergebnis des Berichterstattergesprächs zum Einzelplan 03 ergibt sich aus dem als Anlage beigefügten Ergebnisvermerk.

Anlage

Ergebnisvermerk über das Berichterstattegespräch zum Einzelplan 03 (Haushaltsgesetz 2004/2005)

1. Teilnehmer/Teilnehmerinnen

Abgeordneter	Schittges	CDU
Abgeordnete	Freimuth	SPD
MinD	Huylmans	IM
MRin	Lienen	IM
MR	Brungs	IM
LPD	Gernandt	IM
MR'in	Brohl-Sowa	IM
MR	Arians	IM
MR'in	Tinnermann	IM
RD	Braun	IM
MR	Dahnz	FM
OAR	Dürre	FM
RI'in	Huhnen	FM
RD	Fröhlecke	Landtagsverwaltung

2. Einzelplan 03

Allgemeines

Ohne Vorgriff auf die Ergebnisse der Kabinettsitzung am heutigen Abend kann für das Jahr 2004 von einer **Absenkung der Nettoneuverschuldung** durch die vorgezogene Steuerreform und aus der Beteiligung des Landes an Veräußerungsgewinnen des Bundes ausgegangen werden.

Im Jahr 2005 ist hingegen nicht mit einer Absenkung der Nettoneuverschuldung, sondern mit geringeren Steuereinnahmen zu rechnen. Um bei dem Haushalt 2005 die **Verfassungsgrenze** einzuhalten, sind zusätzliche Einsparbemühungen erforderlich, wie etwa titelscharfe Kürzungen oder Globale Minderausgaben.

Sicherheitspakete

Die Sicherheitspakete I und II mit einem Volumen von 185,8 bleibt unverändert. Auf die Haushaltsjahre 2004 und 2005 entfallen jeweils 39,6 Mio.

Damit ergeben sich bei der Veranschlagung der Mittel, die der Bekämpfung des internationalen Terrorismus dienen, keine Kürzungen.

Zur Umsetzung der Sicherheitspakete wird auf die Vorlagen der Landesregierung vom 27.11.2002 (Vorlage 13/1822) und vom 29.9.2003 (Vorlage 13/2323) verwiesen. Die mit den Sicherheitspaketen I und II bezweckten personellen Verstärkungen in den sicherheitsrelevanten Bereichen sind in vollem Umfang vollzogen worden.

Die **Verlängerung der Wochenarbeitszeit** wird auch im Polizeibereich zu einem Stellenabbau führen. Dieser wird sich jedoch deutlich erst ab den Jahren 2007 ff auswirken, da die 3 sich in der Ausbildung befindenden Jahrgänge bei der Polizei in den nächsten Jahren einen Rechtsanspruch auf Übernahme haben und insofern keine Planstellen in größerem Umfang kw-gestellt werden können.

Zur Sicherstellung eines regelmäßigen Nachersatzes und Erhaltung einer gesunden Altersstruktur bei der Polizei werden in den Jahren 2004 und 2005 jeweils jährlich 500 Kommissaranwärter eingestellt.

KFZ-Werkstätten

2001/2002 wurden 8 KFZ-Werkstätten der Polizei organisationsuntersucht. Der Ermittlung der Kosten lag eine Kosten- und Leistungsrechnung zugrunde. Von den acht untersuchten Betrieben haben sich 5 als wirtschaftlich herausgestellt. Vor diesem Hintergrund hat die Landesregierung Ende 2003 beschlossen, dass alle KFZ-Werkstätten der Polizei eine Kosten- und Leistungsrechnung mit Gewinn- und Verlustrechnung einführen und mehrjährig defizitäre Betriebe nach spätestens 5 Jahren aufzulösen sind, wenn keine ausgeglichene Gewinn- und Verlustrechnung erreicht werden kann.

Darüber hinaus besteht ein Prüfauftrag des Kabinetts, ob nicht die Werkstätten der Polizei auch andere Landesfahrzeuge warten können.

Digitalfunk

Im Haushaltsplanentwurf 2004 und 2005 sind für die Betriebs- und Investitionskosten des Digitalfunks folgende Mittel veranschlagt:

2004

Titel 812 60	22,5 Mio.
--------------	-----------

2005

Titel 812 60	45,0 Mio.
Titel 511 60	7,5 Mio.

Bund und Länder haben sich am 18.12.2003 auf ein gemeinsames Vorgehen bei der Einführung des Digitalfunks geeinigt. Der Bund wird in Abstimmung mit den Ländern ein Ausschreibungsverfahren durchführen, um belastbare Kosten zu ermitteln. Anschließend wird die Kostenaufteilung geregelt.

Ein Alleingang NRW's wird nicht stattfinden.

Angela Freimuth
(Berichterstatlerin)

Winfried Schittges
(Hauptberichterstatler)